

"Eine Steuersenkungspolitik wird das Problem unzureichender kommunaler Einnahmen verschärfen"

Das Interview führte Patrick Schreiner

WISO-Info: Die Einnahmesituation der Kommunen droht sich alleine durch die Krise dramatisch zu verschlechtern. Können Sie hierzu einige Zahlen nennen? Welche politischen Konsequenzen erwarten Sie?

Dr. Wolowicz: Die Gewerbesteuereinnahmen, die wichtigste kommunale Einnahmequelle, sind bereits dramatisch eingebrochen. Bundesweit wird nach der aktuellen Steuerschätzung vom November 2009 mit einem Rückgang von 18 Prozent bei der Gewerbesteuer im Vergleich zum Jahr 2008 gerechnet. In München konnten wir 2009 nur noch 1,35 Mrd. Euro vereinnahmen, also fast 21 Prozent weniger als 2008 mit 1,7 Mrd. Euro. Vergleicht man die Gewerbesteuereinnahmen 2009 mit dem Ergebnis von 2007, ergibt sich sogar ein Minus von fast 30 Prozent.

Der zweite große Einbruch droht beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Er trifft die Gemeinden etwas später, wenn infolge der Wirtschaftskrise die Zahl der Arbeitslosen steigt und die Zahl derjenigen, die Einkommensteuer zahlen, entsprechend sinkt. Für München rechne ich für 2010 mit nur noch 655 Mio. Euro als Anteil an der Einkommensteuer, nachdem wir 2008 noch 777 Mio. Euro vereinnahmen konnten und 2009 noch 730 Mio. Euro.

WISO-Info: Welche zusätzlichen Auswirkungen erwarten Sie angesichts der - bislang ja nur in Teilen transparenten - Pläne der neuen Bundesregierung? Welche Konsequenzen wird die Schuldenbremse für die Kommunen haben?

Dr. Wolowicz: Das beschlossene sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz führt bei den Kommunen jährlich zu 1,6 Mrd. Euro Mindereinnahmen. Sollte ab dem Jahr 2011 die Einkommensteuer, wie von der Bundesregierung angekündigt, in einem Volumen von 24 Mrd. Euro gesenkt werden, würde dies die Kommunen weitere 3,6 Mrd. Euro pro Jahr kosten. Das wird für viele Kommunen, zumal wenn gleichzeitig mit steigender Arbeitslosigkeit die Ausgaben im Sozialbereich erheblich ansteigen, kaum mehr zu schultern sein.

Besonders bedrohlich ist aber, dass die Koalition auf Betreiben der FDP die Abschaffung der Gewerbesteuer überprüfen will, nachdem Bundeskanzlerin Merkel noch vor der Wahl den Bestand dieser wichtigsten kommunalen Einnahmequelle garantiert hatte. Der



Dr. Ernst Wolowicz, geb. 1953, leitete von 1992 bis 2002 das Büro des Oberbürgermeisters und von 1993 bis Juni 2004 das Direktorium der Landeshauptstadt München. Seit 1. Juli 2004 ist er der Stadtkämmerer (= Finanzreferent) Münchens.

im Koalitionsvertrag angesprochene mögliche Ersatz durch einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommensteuer wäre eine massive Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und würde die Einkommensteuerzahler aus jenen Städten treiben, die wegen einer finanziell schwierigen Lage besonders hohe Zuschläge verlangen müssten. Damit käme eine Abwärtsspirale in Gang. Alle kommunalen Spitzenverbände und Kommunalpolitiker aller Parteien haben sich daher klar gegen einen solchen Vorschlag positioniert.

Von der Schuldenbremse wären die Kommunen zwar nicht direkt betroffen, sehr wohl aber indirekt, weil Bund und Land im engen Korsett der Schuldenbremse wohl als erstes freiwillige Finanzhilfen an die Kommunen (z. B. für kommunale Investitionen) auf den Prüfstand stellen. Die Gefahr wäre groß, dass Bund und Länder nach dem Motto "Jeder ist sich selbst der nächste" handeln würden und die Kommunen dabei unter die Räder kämen.

WISO-Info: Wie werden die Kommunen auf die sich verschlechternde Haushaltslage reagieren? Wird der Druck zunehmen, kommunale Unternehmen und Leistungen zu privatisieren?

Dr. Wolowicz: Die Konsequenzen der massiven Verschlechterung der Einnahmesituation sind bundesweit schon zu besichtigen: Die Kommunen reagieren mit Haushaltsperren, die Verschuldung steigt. Besonders besorgniserregend ist, dass viele Kommunen gar nicht mehr anders können, als rechtswidrig mit Kassenkrediten laufende Haushaltslöcher zu stopfen. Bundesweit belaufen sich die Kassenkredite derzeit auf fast 34 Mrd. Euro und haben sich in den letzten zehn Jahren verfünffacht. Und natürlich nimmt der Druck erheblich zu, kommunale Unternehmen zu privatisieren oder das sogenannte "Tafelsilber" zu verscherbeln - mit allen negativen Folgen, die eine Privatisierung des kommunalen Energieversorgers oder städtischer Wohnungen mit sich bringt.

WISO-Info: Wie ließe sich ein prozyklisches Kürzen nach dem Auslaufen der Konjunkturpakete verhindern? Und mit einer längerfristigen Perspektive: Wie wäre die finanzielle Basis der Kommunen zu stärken und möglicherweise konjunkturunabhängiger zu gestalten?

Dr. Wolowicz: Generell brauchen die Kommunen eine ausreichende Finanzkraft, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Derzeit gibt es aber viele Kommunen, die wegen ihrer

schlechten finanziellen Lage über Jahre hinweg praktisch nicht investieren können. Die Auswirkungen dieser unterlassenen Investitionen zeigen sich sehr deutlich in heruntergekommenen Schulen oder Straßen mit Schlaglöchern und behindern natürlich auch den gewünschten Ausbau der Kinderbetreuung. Die kommunalen Investitionen haben auch große Bedeutung für die Sicherung von Arbeitsplätzen, machen sie doch über 60 Prozent aller Investitionen der öffentlichen Hand aus.

WISO-Info: Welche politische Rolle spielen die Gewerkschaften hierbei, welche sollten Sie aus Ihrer Sicht spielen?

Dr. Wolowicz: Die Gewerkschaften sollten weiterhin für eine ausreichende Einnahmenausstattung der öffentlichen Hand auf allen drei Ebenen eintreten. Eine Steuersenkungspolitik wird das Problem unzureichender Einnahmen nicht lösen, sondern es verschärfen. Nur bei ausreichenden Einnahmen können Bund, Länder und Kommunen ihre Aufgaben für die Daseinsvorsorge und die öffentliche Infrastruktur ohne unvermeidbare Neuverschuldung finanzieren. Der DGB und die Einzelgewerkschaften sind in dieser Frage ein wichtiger Gesprächs- und Bündnispartner der Kommunen.